

Kerstin Rothe

Pragmatismus in politischen Entscheidungsprozessen

Handlungsmodelle aus demokratietheoretischer Perspektive
am Beispiel des *Schulkonsenses*



Nomos

Kerstin Rothe

Pragmatismus in politischen Entscheidungsprozessen

Handlungsmodelle aus demokratietheoretischer Perspektive
am Beispiel des *Schulkonsenses*



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl: München, Univ., Diss., 2016

ISBN 978-3-8487-3918-9 (Print)

ISBN 978-3-8452-8144-5 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Danksagung

Mit besonderem Dank an die Personen, die dieses Buch ermöglicht haben: Prof. Dr. Dr. h.c. Julian Nida-Rümelin, Staatsminister a.D., und Jun.-Prof. Dr. Rita Nikolai für die kontinuierliche und enge Begleitung meiner Dissertation sowie Dr. Serge Embacher und Marvin Gamisch für die unzähligen Diskussionen und ermutigenden Worte.

Im August 2017

Kerstin Rothe

Inhaltsverzeichnis

EINFÜHRUNG	11
1 Pragmatismus und die Diagnose der Entpolitisierung	13
1.1 Demokratietheoretische Relevanz und Erkenntnisinteresse	19
1.2 Verortung und Struktur der Arbeit	26
2 Forschungsdiskurse und Desiderate	35
2.1 Normative Demokratietheorien	35
2.2 Technokratie und Ideologie	45
TEIL I: Demokratietheoretische Rekonstruktion von Handlungstypen zur Beurteilung von politischen Entscheidungsprozessen	57
3 Modelle des kommunikativen und zweckrationalen Handelns	61
3.1 Normativität – eine theoretische Notwendigkeit	61
3.2 Kommunikatives und zweckrationales Handeln nach Jürgen Habermas	67
3.3 Die Rolle von Gründen im politischen Handeln	75
3.4 Politische Entscheidungsprozesse in pluralistischen Demokratien	79
3.5 Strukturelle Probleme in politischen Entscheidungsprozessen	83
4 Modell des pragmatischen Handelns	101
4.1 Grundzüge des Pragmatismus	102
4.2 Pragmatisches Handeln nach John Dewey	114
4.3 Die Rolle von Öffentlichkeit für politisches Handeln	130

Inhaltsverzeichnis

4.4	Politische Entscheidungsprozesse in pluralistischen Demokratien	140
4.5	Ideen in politischen Entscheidungsprozessen	151
5	Modell des technokratischen Handelns	169
5.1	Positivismusvorwurf – Kritik und Gegenkritik	174
5.2	Kompatibilität des pragmatischen und technokratischen Handelns	183
5.3	Technokratisches Handeln nach Max Horkheimer	193
5.4	Politische Entscheidungsprozesse in pluralistischen Demokratien	202
5.5	Ideologie in politischen Entscheidungsprozessen	211
TEIL II: Konstruktion eines normativ-kritischen Analyserahmens zur Beurteilung von Handlungstypen im Diskurs		219
6	Verknüpfung der Handlungsmodelle	221
6.1	Theoriedesign: Erweiterung der Handlungstypen	231
6.2	Analysegegenstand: Schulstruktur – ein hoch politisiertes Feld	241
7	Entscheidungsprozess zum <i>Schulkonsens</i> : Pragmatisches vs. technokratisches Handeln	253
7.1	Kontext und Ideale im Bremer Schulkonsensdiskurs	255
7.2	Handlungstypen im Bremer Schulkonsens	261
RESÜMEE		305
Anhang		313
Literaturverzeichnis		327

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Analysefolie für kommunikatives vs. strategisches Handeln	99
Abbildung 2: Handlungsprozess im Pragmatismus	113
Abbildung 3: Verhältnis von Idee und Struktur bei Habermas und Dewey	164
Abbildung 4: Übersicht Handlungstypen	225
Abbildung 5: Pragmatisches vs. technokratisches Handeln	232
Abbildung 6: Analysefolie für pragmatisches vs. technokratisches Handeln	239
Abbildung 7: Schulstrukturen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991	244
Abbildung 8: Schulstrukturen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2015	245
Tabelle I: Dokumente der Bremischen Bürgerschaft (Landtag). Plenarprotokolle der 17. Legislaturperiode 2007 bis 2011	314
Tabelle II: Dokumente des Fachausschusses der Deputation für Bildung. Protokolle und Materialien der 17. Legislaturperiode 2007 bis 2008	316

EINFÜHRUNG

1 Pragmatismus und die Diagnose der Entpolitisierung

Innerhalb der politischen Theorie und Philosophie wird intensiv die Frage diskutiert, inwiefern wir uns gegenwärtig in einer ‚postdemokratischen‘ oder ‚postpolitischen‘ Epoche befinden.¹ Damit ist gemeint, dass vor allem in den etablierten westlichen Demokratien zwar die formalen Bestandteile einer Demokratie weitgehend als erfüllt angesehen werden, jedoch das Ethos der Partizipation abhandengekommen sei.² Die Gegenwartsdiagnosen, die beispielweise Colin Crouch unter der Bezeichnung Postdemokratie anführt, reichen von der Ersetzung öffentlicher, politischer Debatten durch die gezielte Inszenierung selektiver Themen über die mediale Dominanz der Parteiliten bis hin zur fortschreitenden Privatisierung des öffentlichen Sektors und einer Vereinnahmung der Regierungen durch global agierende Konzerne.³ Auch Jaques Rancière konstatiert einen Verfall der parlamentarischen Repräsentation durch die Übertragung politischer Macht auf politisch nicht legitimierte Instanzen wie Expertengremien und Gerichte sowie eine verstärkte Personalisierung politischer Inhalte.⁴ Politische Entscheidungen würden zusehends als alternativlos präsentiert und mit Verweis auf bestehende Sachzwänge viel mehr verwaltet anstatt gestaltet. Durch Kontingenzverschleierung und Kontingenzverdrängung, indem politische Entscheidungen als Notwendigkeiten deklariert und damit alternative Sichtweisen ausgeblendet würden, werde der politische Streit negiert und das Politische damit zu einem Ende gebracht.⁵ Diese Einschätzung vertritt auch Chantal Mouffe, die Postdemokratie explizit als einen Entpolitisierungsprozess beschreibt.⁶ Die Diagnose der Entpoliti-

1 Vgl. zu diesen Thesen insbesondere Colin Crouch (2008) *Postdemokratie*; Jacques Rancière (2002) *Das Unvernehmen* und (1997) *Demokratie und Postdemokratie* sowie Chantal Mouffe (2007) *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion* und (2011) „*Postdemokratie*“ und die zunehmende Entpolitisierung.

2 Vgl. Buchstein / Nullmeier (2006).

3 Vgl. Crouch (2008).

4 Vgl. Rancière (1997a).

5 Vgl. Grevén (2010) sowie Burnham (2001) am Beispiel von *New Labour*.

6 Vgl. Mouffe (2011).

sierung kann somit als wesentlicher Aspekt innerhalb der Postdemokratie-debatte betrachtet werden.⁷

Entpolitisierung wird dabei ganz unterschiedlich bewertet. Während liberale Philosophen wie Richard Rorty im Grunde eine Entpolitisierung begrüßen, da sie dazu beitrage, dass unterschiedliche Lebensentwürfe und Wertorientierungen konfliktfrei miteinander koexistieren könnten,⁸ halten stärker sozialliberal orientierte Philosophen wie Julian Nida-Rümelin diese These für kontrafaktisch und gefährlich. Besonders die marktliberale Zuspitzung, welcher zufolge Politik weitestgehend durch den Markt ersetzt werden solle, führe vielmehr zur Aushöhlung deliberativer Demokratien und zu neuen, verschärften Konflikten außerhalb der etablierten politischen Institutionen anstatt zu ihrer Befriedung.⁹ Entpolitisierung ist demnach kein Gewinn, sondern eine Gefahr für moderne Demokratien und damit politisch hochbrisant. So sind Entpolitisierungsprozesse für Gesellschaften genau deshalb von zentraler Bedeutung, weil sie konkrete politische Folgen haben. Denn auch der „(...) scheinbar unpolitische Sachzwang ist eine politische, zumindest politisch relevante Entscheidung.“¹⁰ Wie Selk hervorhebt, kann eine dieser Folgen darin bestehen, „(...) dass kontingente und illegitime Herrschaftsverhältnisse nicht mehr als solche erscheinen. Gerade dieser Aspekt macht Entpolitisierung nicht nur zu einem wichtigen Thema der Politikwissenschaft, sondern vor allem zu einem Problem der Demokratie.“¹¹

Es gibt verschiedene Ansätze, um das Phänomen der Entpolitisierung theoretisch-konzeptionell zu fassen, von denen sich etliche mit der Verknüpfung von Entpolitisierung und der zunehmenden Ökonomisierung und Verrechtlichung beschäftigen.¹² Diesen zufolge führen eine Verrechtlichung originär politischer Sachverhalte sowie ein gestiegener Einfluss von Konzernen und Verbänden auf die Politik zu einer Marginalisierung der traditionellen politischen Beteiligungsformen und somit zu einem Legitimitätsverlust, der sich schließlich in einer allgemeinen Entpolitisierung niederschlägt. Der Ursprung von Entpolitisierungsprozessen ist demnach

7 Vgl. dazu auch Selk (2011); Rancière (1997) sowie Blühdorn (2006).

8 Vgl. Rorty (1988).

9 Vgl. Nida-Rümelin (2006), S. 19-22.

10 Schwaabe (2000), S. 39.

11 Selk (2011), S. 199.

12 Vgl. u. a. Rancière (1997a), (2002); Crouch (2008); Wolin (2008); Offe (1975); Fach (1997).

maßgeblich auf den dominierenden Einfluss ökonomischer Interessen zurückzuführen. Diese eher materialistisch orientierten Ansätze liefern daher wichtige Beiträge für eine strukturalistische oder auch funktionalistische Erfassung dieses Phänomens. Allerdings wird in dieser Arbeit die Annahme vertreten, dass eine rein strukturelle Erklärung der Entpolitisierungsprozesse durch ökonomische bzw. so genannte ‚neoliberale‘ Einflüsse zu kurz greift.¹³ Für eine adäquate Erfassung des Sachverhaltes sind zusätzlich Betrachtungen auf der handlungstheoretischen Ebene vonnöten. Dadurch wird es überhaupt erst möglich, Entpolitisierungstendenzen in Politikfeldern hinreichend zu erklären, die nur sekundär oder indirekt von den strukturellen Mechanismen der Ökonomisierung betroffen sind. Dennoch bleibt in der aktuellen Debatte um Entpolitisierungsprozesse die Betrachtung zentraler Akteure – insbesondere der Parteien, denen in diversen Demokratietheorien und per Gesetz eine wichtige Funktion bei der Beförderung politischer Meinungs- und Willensbildungsprozess in der Öffentlichkeit zukommt – auf einer handlungstheoretischen Ebene vergleichsweise unterbelichtet;¹⁴ Und dies obwohl die Annäherung der Volksparteien hin zu einer politischen Mitte nicht nur als symptomatisch für die Postdemokratie diagnostiziert, sondern bereits auch aus demokratietheoretischer Perspektive problematisiert worden ist.¹⁵ So hält sich bis dato die auf dem *Catch-All Party*-Konzept¹⁶ basierende These einer Annäherung der Volksparteien.¹⁷ Diese resultiere aus einer Entideologisierung zugunsten einer stärkeren Orientierung an gesellschaftlichen Gegebenheiten und ‚allge-

13 Dem Begriff ‚Neoliberalismus‘ haftet durch den vielfältigen wissenschaftlichen wie öffentlichen Gebrauch eine gewisse Unschärfe an. Im Postdemokratiediskurs wird damit häufig ein ideologisches Denkmuster bezeichnet, nach dem auch genuin gesellschaftspolitische Fragestellungen prioritär an ökonomischen Interessen ausgerichtet werden, da die Prinzipien des Marktes als zentrales Paradigma sowohl für die Verwirklichung individueller als auch gesamtgesellschaftlicher Ziele angesehen werden. Vgl. dazu exemplarisch Crouch (2008), S. 138-139 sowie zur Begriffsdiskussion Altvater (2008).

14 Vgl. zur Funktion von Parteien insbesondere Habermas (1990), S. 293-326 und (1994), S. 429-435.

15 So gibt es zahlreiche Arbeiten in der Politikwissenschaft über die Auflösung von Kernmilieus, eine damit einhergehende Loslösung von Volksparteien sowie die Verlagerung der Partizipation und des kollektiven politischen Handelns auf zeitlich befristete und thematisch fokussierte, lose Assoziationen. Vgl. dazu exemplarisch Merkel (2012), S. 93-119 sowie Embacher (2009).

16 Vgl. Kirchheimer (1965), S. 20-41.

17 Vgl. Decker (2011), S. 180 f.

meinen Wählerinteressen¹⁸, um aus ‚der Mitte‘ heraus ein möglichst breites Wählerspektrum zu rekrutieren.¹⁹ Speziell Mouffe moniert in ihren Arbeiten die unzureichende Berücksichtigung der Rolle der Parteien in Entpolitisierungsprozessen und hebt hervor, dass der von den Volksparteien forcierte „Konsens in der politischen Mitte“ negative Auswirkungen auf die demokratische Gestaltung von Politik hat.²⁰ Ebenso konstatiert Nida-Rümelin, dass bei einer instrumentell-strategischen Ausrichtung der Parteien in die politische Mitte die Wahrscheinlichkeit von Frust bei den politisierten Wählern steige und diese Strategie daher dem Kalkül einer „Nutzenmaximierung“ bzw. hier „Wählerstimmenmaximierung“ eher entgegensteht.²¹

Betrachtet man die Legitimation bzw. Begründung der etablierten Parteien für diese ‚Mitte- oder Konsenspolitik‘ in öffentlichen Diskursen, fällt auf, dass diese für sich und ihre Entscheidungen werben, indem sie betonen, eine ‚pragmatische Politik‘ zu betreiben.²² In der Regel wird darunter eine sachorientierte, unideologische Ausrichtung am ‚politisch Machbaren‘ verstanden.²³ Dieser ‚Pragmatismus‘ steht für eine Politik, die sich durch einen Entscheidungsfindung auszeichnet, die nicht auf das parteipol-

18 In der gesamten Arbeit wird darauf geachtet, geschlechtsneutrale Bezeichnungen zu verwenden. An den Stellen, wo dies nicht möglich ist, wird (wegen des besseren Leseflusses) einheitlich eine Geschlechtsform generisch verwendet – in diesem Fall die männliche.

19 Vgl. Wiesendahl (2011), S. 69 f.

20 Vgl. Mouffe (2011), S. 4.

21 Vgl. zur Nutzenbewertung des Medianwählermodells der politischen Ökonomie Nida-Rümelin (2009), S. 277 f.

Die Annahme, dass gerade die politischen Parteien in diesem Prozess eine zentrale Rolle einnehmen, wird auch in dieser Arbeit zugrunde gelegt, weshalb andere politische Akteure (wie beispielsweise Verbände, Protestbewegungen, Netzwerke etc.) bei der Analyse des Phänomens weitestgehend unberücksichtigt bleiben.

22 Vgl. exemplarisch in der Presseberichterstattung Schäuble, Wolfgang (2013): *Institutioneller Wandel und Europäische Einigung*. Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11.01.2013 (Stand: 25. August 2015); Scholz, Olaf (2011): *Keine Visionen. Erste Regierungserklärung von Olaf Scholz*. taz.de vom 23.03.2011 (Stand: 13. März 2013); Mayr, Stefan (2015): *Grüne versuchen sich im Projekt Pragmatismus*. Süddeutsche Zeitung vom 16.09.2015 (Stand: 21. September 2015).

23 Doch nicht nur die etablierten Parteien nutzen die rhetorische Figur des Pragmatismus. Auch die 2006 gegründete Piratenpartei wirbt damit, „themen- und lösungsorientiert“ zu arbeiten, ohne sich bestimmten Werten zu verschreiben. Vgl. Selbstdarstellung der Piratenpartei auf <http://www.piratenpartei.de/politik/> (Stand: 18. März 2013).

litische Programm fixiert ist, sondern sich an den aktuellen Gegebenheiten und deren situativer Bewertung ausrichtet. Dies zeigte sich besonders deutlich in den politischen Entscheidungsprozessen zum Atomausstieg oder zur jüngsten Finanzkrise Ende der 2000 Jahre.²⁴ So wurden bei der Finanzkrise mit Verweis auf die Notwendigkeit einer raschen Systemstabilisierung innerhalb sehr kurzer Zeit in den Parlamenten parteiübergreifend so genannte ‚Euro-Rettungsschirme‘ über hohe Summen verabschiedet²⁵ und die Neubesetzungen von Regierungsposten durch Experten legitimiert, wie dies in Griechenland mit Loukas Papademos und in Italien mit Mario Monti der Fall war.²⁶ Bei diesen Prozessen ist die Verknüpfung der pragmatischen, parteiübergreifenden Entscheidung (teils entgegen der eigenen Partei-Programmatik) mit systemischen bzw. ökonomischen Aspekten evident. Doch gibt es auch Beispiele für parteiübergreifende, konsensuale Entscheidungen, die nur in einem mittelbaren Bezug zum ökonomischen System stehen. Dies gilt insbesondere für den – zumindest in Politikwissenschaft und politischen Theorie – häufig vernachlässigten Bereich der Bildungspolitik.

Dabei ist gerade die Bildungspolitik ein überaus spannendes Feld, um die Thesen der Entpolitisierung und einer Zunahme sachorientierter, sich von Ideologien oder gar normativen Grundwerten loslösender Entscheidungsfindungen seitens der Parteien zu überprüfen. So zeichnete sich speziell die deutsche Schulpolitik in den vergangenen Dezennien durch tiefgreifende politische Kontroversen zwischen konservativen, liberalen und sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien aus, die auf den grundlegend unterschiedlichen Verständnissen von Gesellschaft und divergierenden Menschenbildern beruhten. Diese unterschiedlichen Gesellschafts- und Menschenbilder (die auch verschiedene Begabungsvorstellungen umfassen) führten unter anderem zu der lange Zeit zwischen den politischen Parteien vorherrschenden schulpolitischen Auseinandersetzung über die

24 Die Reaktorkatastrophe in Fukushima und deren Folgen führte auch bei den Parteien im Deutschen Bundestag, die zuvor für eine Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke standen, zu der politischen Entscheidung, Atomkraftwerke abzuschalten und langfristig auf diese Form der Energiegewinnung zu verzichten.

25 Vgl. zu diesem Beispiel den Kommentar in Heft 3 der Zeitschrift *Politische Vierteljahresschrift* von Roland Sturm (2013), der sich mit der Entpolitisierung der Fiskalpolitik beschäftigt.

26 Vgl. exemplarisch Reinbold, Fabian / Hebel, Christina (2011): *Alle Macht für die Technokraten. Italien und Griechenland*. Spiegel online vom 12.11.2011 (Stand: 25. März 2013).

richtige Schulstruktur, die „(...) zeitweilig den Charakter eines ‚Glaubenskrieges‘ und ‚Kulturkampfes‘ (...)“²⁷ annahm.

Vor diesem Hintergrund ist der so genannte *Schulkonsens* ein besonders erstaunliches Beispiel für eine parteiübergreifende, pragmatische Lösung.²⁸ Bei diesen Prozessen legten im Jahr 2008 in Bremen, 2010 in Hamburg und 2011 in Nordrhein-Westfalen (NRW) die Mehrheit der im Parlament vertretenen Parteien den über Jahrzehnte geführten politischen Konflikt über die Schulstruktur bei und einigten sich auf ein Modell, das weder das bis dato von konservativen Kräften favorisierte politische Konzept der Dreigliedrigkeit (bestehend aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium) noch die Forderung der progressiven Kräfte nach der Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschule (also einer Schulform, in der alle Kinder gemeinsam lernen) erfüllt.²⁹

Bei einem genaueren Blick auf diese Entscheidungsprozesse in den Bundesländern ist das Besondere am *Schulkonsens* aber nicht nur, dass eine parteiübergreifende Einigung über die Schulstrukturfrage von den Parteien angestrebt und umgesetzt wurde, sondern zudem, dass sich hinter den *Schulkonsens* ganz unterschiedliche politische Konstrukte verbergen. Denn während sich beispielsweise die Parteien in Bremen unter Berufung auf pragmatisches Handeln im Sekundarbereich auf eine Zweigliedrigkeit, bestehend aus Oberschule und Gymnasien, einigten, wurde in NRW die Verfassungsgarantie der Hauptschule aufgehoben und die Sekundarschule als zusätzliche Schulform neben den tradierten Schulformen im gegliederten System eingeführt.³⁰

Diese politisch deutlich divergierenden Lösungen legen auf den ersten Blick den Schluss nahe, dass das Ergebnis des *Schulkonsenses* nicht zu-

27 Führ (1997), S. 140.

28 Zitat des Hamburger Senators für Bildung Ties Rabe: „Auch in der Bildungspolitik ist der Pragmatismus eingekehrt.“ In: Kerstan, Thomas / Otto, Jeanette (2012): *Wir werden mit Ideen überflutet*. Schulpolitik. Zeit-Online vom 31.05.2012 (Stand: 02. Juni 2013).

29 Die Vereinbarung auf einen *Schulkonsens* erfolgte in Bremen, Hamburg und NRW jeweils unter Beteiligung von Bündnis90/Die Grünen, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), in Bremen eingeschränkt auch unter Beteiligung der Freien Demokratischen Partei (FDP).

30 Vgl. Merkelbach, Valentin (2012): *Schulkompromiss = Schulfrieden? Sind Landtagswahlen ohne Schulstreit schon der erhoffte Schulfrieden?* Bildungsklick vom 11.09.2012 (Stand: 08. Oktober 2013).

vorderst in dem ideen- bzw. wertgeleiteten Zweck (dem von den Parteien favorisierten politischen Ergebnis) liegt, sondern dass der Zweck in dem gewählten Mittel, der ‚pragmatischen Politik‘, welche den jeweiligen Entscheidungsprozessen zugrunde lag, begründet ist.³¹ Inwiefern hier jedoch tatsächlich das Mittel selbst zum Zweck geworden ist oder ob die unterschiedlichen politischen Lösungen nicht vielmehr auf eine inhaltlich differenzierte Zweck-Mittel-Betrachtung in unterschiedlichen Kontexten zurückzuführen ist, bleibt kritisch-analytisch im jeweiligen Fall zu klären.

1.1 Demokratietheoretische Relevanz und Erkenntnisinteresse

Vor dem dargestellten Hintergrund ist es aus demokratietheoretischer und normativer Perspektive von großem Interesse, möglichst umfassend diejenigen Tendenzen und Faktoren zu identifizieren, die Rationalität in politischen Entscheidungsprozessen fördern oder eben auch behindern. Denn die in einer Gesellschaft *faktisch* praktizierten Verfahren der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung sind nicht nur ein wichtiger Indikator für die Qualität von demokratischen Prozessen, sondern Gradmesser für den *normativen* Gehalt repräsentativer Demokratien im Ganzen.

Es wird hier angenommen, dass der *Pragmatismus* in Form von *pragmatischem Handeln* dabei eine Schlüsselposition einnimmt; insofern erst noch zu klären ist, ob es sich gemessen an einem normativen Demokratieverständnis beim pragmatischen Handeln zur Lösungsfindung in politischen Konflikten grundsätzlich um eine positive oder negativ zu bewertende Entwicklung handelt.³² So kann der Pragmatismus in der Politik durchaus ambivalent – und mit weitreichenden Konsequenzen – als Handlungsmodus für eine kreative, ergebnisoffene Lösungsfindung versus einem von Wertvorstellungen losgelösten, entpolitisierten Selbstzweck betrachtet werden.

Die erste, positive Lesart entspricht dem Verständnis von Pragmatismus, wie es bei dem amerikanischen Philosophen John Dewey angelegt

31 Vgl. dazu Schumann, Brigitte (2011): *Der Schulfrieden in NRW und Bremen: (k)ein Vergleich*. Bildungsklick vom 06.10.2011 (Stand: 08. Oktober 2013).

32 ‚Positiv‘ steht hier somit für normativ wünschenswert, ‚Negativ‘ für einen aus normativer Perspektive zu kritisierenden Sachverhalt.

ist.³³ Der Grundgedanke des amerikanischen Pragmatismus ist, wie Hans Joas pointiert formuliert, „(...) die Idee einer kooperativen Wahrheitssuche zur Bewältigung realer Handlungsprobleme.“³⁴ Die kooperative Wahrheitssuche beruht dabei auf öffentlicher Deliberation und wird als kreativer Akt verstanden, da jede Situation einen „Horizont an Möglichkeiten“³⁵ enthält. Die Ergebnisse pragmatischen Handelns können dieser Vorstellung nach als Resultat eines offenen, diskursiven Entscheidungsprozesses gelesen werden, in dem die politischen Akteure ihre jeweiligen Gründe, Werte und Präferenzen im politischen Konflikt offenlegen und unter Berücksichtigung der situativen Gegebenheiten eine kreative, parteiübergreifende Lösung finden. Pragmatisches Handeln stünde hier für eine politische Kultur, in der Parteien für die eigenen politischen Ziele eintreten, aber nicht dogmatisch und blind für die kontextuellen Gegebenheiten und die Argumente der anderen Parteien sind. Der pragmatische Politikstil beinhaltet somit die Überwindung von ‚falschen‘ Ideologien³⁶ und wäre als Folge eines Lern- und Erfahrungsprozesses in modernen pluralistischen Demokratien zu betrachten.³⁷ Bezogen auf das erwähnte Beispiel der Schulstrukturfrage hieße das, dass sich die Parteien ihrer Ideologien entledigt haben, an denen sie vormals dogmatisch ihre politischen Konzepte ausgerichtet haben und stattdessen ideen- bzw. wertegeleitet und kontextbezogen der Konsensfindung Vorrang gegeben hätten, welches beispielsweise im Bremer Fall zu einer zweigliedrigen Schulstruktur führte. Die Akteure bleiben demnach ihren Ideen und Werten verhaftet, sind aber nicht verschlossen gegenüber dem Kontext.³⁸ Diese Entwicklung gäbe Grund zum Optimismus und wäre Anlass, den Zeitdiagnosen der Postde-

33 Vgl. insbesondere John Dewey *The public and its problems* [1927] bzw. *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme* (1996).

34 Joas (1996), S. 189.

35 Joas (1996), S. 196.

36 Im Sinne von ‚fragmentiertem‘ Bewusstsein, welches analog zum ‚falschen‘ Bewusstsein der klassischen Ideologiekritik zu sehen ist. Vgl. dazu Iser / Strecker (2010), S. 115 f.

37 Vgl. Jaeggi (2009), S. 290.

38 Die Abgrenzung von Individuum / Akteur und Kontext / Umwelt bzw. die graduelle Unterscheidung in Werte- versus Kontextorientierung wird hier als notwendige Konstruktion für die analytische Erfassung des interessierenden Phänomens vorgenommen. Die schematische Kategorisierung in Individuum / Akteur und Umwelt / Kontext beinhaltet dabei keine eigens entwickelte philosophische Verortung.

mokratie eine konträre Sichtweise entgegenzustellen, in der wir uns durch die Hinwendung zum pragmatischen Handeln auf eine normativ wie funktional höhere Qualitätsstufe der Demokratie zubewegen. Könnte pragmatisches Handeln also der Schlüssel zur Rationalitätssteigerung in politischen Prozessen sein und sich als Handlungsmodus entpuppen, der einer Verwirklichung deliberativer Demokratievorstellungen in pluralistischen Gesellschaften nähersteht als bis dato angenommen?

Nach der zweiten Lesart würden wir uns hingegen tatsächlich auf dem Weg in die Postdemokratie bewegen, wie sie Crouch und andere für die westlichen etablierten Demokratien beschrieben haben. Der Pragmatismus stünde in diesem Fall für die Negation von Opposition und der Stigmatisierung von Kontingenz. Für eine Politik also, die sich im Stil der absolutistischen Vormoderne als alternativloser „Vollzug des Richtigen“ präsentiert.³⁹ Eine Politik, in der sich die Parteien der großen Ideologeme entledigt haben und nicht nur situativ entscheiden, sondern auch *bewerten*. Die Aspekte der Umwelt werden hier entscheidender für die Akteure als die Ideen oder Wertüberzeugungen. Der Unterschied zur ersten Lesart besteht somit darin, dass der Kontext bei der politischen Entscheidung nicht nur berücksichtigt wird, sondern die politische Entscheidung dominiert. Dieser Unterschied zeigt sich anhand der Stellung der Gründe und Werte im politischen Diskurs. „Sie [die Werte, d. Verf.] geraten in diese Schlüsselstellung, weil sie in abstrahierter Form ein Scharnier zwischen Bewertungen bestehender Situationen und Forderungen nach Veränderungen darstellen.“⁴⁰

Diese negative Verortung des pragmatischen Handelns ist somit klar von der Philosophie des amerikanischen Pragmatismus zu unterscheiden, wie auch Joas in seiner Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Pragmatismus vermerkt:

„Die alltagssprachliche Verwendung des Wortes ‚pragmatisch‘ und erst recht die Verwendung dieser Bezeichnung im politischen Leben legt eher den Gedanken an ein prinzipienloses und wenig schöpferischen Ehrgeiz verratendes ‚Durchwursteln‘ nahe als an das Pathos des Schöpferischen.“⁴¹

39 Walter, Franz (2011): *Land ohne Opposition*. Spiegel online <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/efsf-votum-im-bundestag-land-ohne-opposition-a-794244.htm> (Stand: 12. März 2012).

40 Nullmeier (2014), S. 26.

41 Joas (1996), S. 188. Vgl. dazu auch Schubert (2003), S. 15-16.

So sei ein Pragmatismus, der lediglich vorgegebene Probleme abarbeite und Notsituationen bewältige – und sich somit in der „(...) pragmatische[n] Anpassung an vorgegebene Bedingungen (...)“⁴² erschöpfe –, geradezu das Gegenteil der Idee der kreativen Erzeugung im amerikanischen Pragmatismus.

Die in diesem Sinn verstandene ‚pragmatische Politik‘ könnte bei Akteuren gar zu einem ‚neuem‘, eigenständigen Wert aufsteigen und letztendlich zum Selbstzweck werden. Damit ist gemeint, dass sich in der heutigen Gesellschaft „(...) Strategien der Kontingenzverleugnung und -verschleierung beobachten [lassen, d. Verf.], die auf eine ideologische Verklärung der Gegenwart hinauslaufen.“⁴³ Es handelt sich in dem Fall vielmehr um *technokratisches* als um pragmatisches Handeln im Sinne des amerikanischen Pragmatismus. *Technokratisches Handeln* meint dabei eine spezifische Form des sozialen Handelns (Mensch-Mensch) und ist daher vom instrumentellen Handeln (Mensch-Natur) zu unterscheiden.⁴⁴ Anders als die Bezeichnung *technokratisches Handeln* ist die Intuition einer Technokratisierung von politischen Sachverhalten nicht neu, sondern hat bereits eine lange Tradition innerhalb der politischen Theorie und Sozialphilosophie.⁴⁵

Die Frage, die sich jedoch ganz aktuell stellt ist, ob technokratische Prinzipien im Fahrwasser des Neoliberalismus eine neue Relevanz erhalten haben könnten, so dass das technokratische Handeln mit Berufung auf den Pragmatismus die bisherigen, eventuell nicht mehr ‚zeitgemäßen‘ Ideologien und Werte als legitime politische Begründung verdrängt oder gar ersetzt. Die Möglichkeit falsches bzw. fragmentiertes Bewusstsein auf-

42 Joas (1996), S. 188.

43 Greven (2010), S. 73.

44 *Technokratisches Handeln* wird hier als Handlungstyp eingeführt, um die in der politischen Theorie konstatierte Gegenwartsdiagnose der Technokratisierung unter Rückgriff auf die Arbeiten von Herbert Marcuse und Max Horkheimer auf eine handlungstheoretische Ebene zu übertragen. Dementsprechend ist die Bezeichnung ‚technokratisches Handeln‘ hier auch nicht vom aristotelischen Begriff der *techné* hergeleitet. Vgl. dazu auch Kapitel 2.2 sowie Kapitel 5.

45 Die Auseinandersetzung mit Technokratie als Sachzwang startete in Deutschland vor allem aufgrund eines Vortrages von Helmut Schelsky, mit dessen Thesen sich in den 1960-70er Jahren auch Vertreter der Frankfurter Schule, insbesondere Herbert Marcuse und Jürgen Habermas, auseinandergesetzt haben. Vgl. dazu u. a. Habermas (2014) [1968]; Koch / Senghaas (1970) (Hrsg.); Lenk (1973) (Hrsg.) sowie Saretzki (1994) und Haring (2010).

zudecken, wäre in diesem Fall nahezu negiert und könnte einen Selbstverstärkungsprozess in Gang setzen, in dem der technokratisch korrumpierte Pragmatismus unter dem Deckmantel der weltanschaulichen Neutralität selbst zu einer gegenwartstauglichen Ideologie aufsteigt.

Für die Entscheidung zum *Schulkonsens* hieße das, dass die parteiübergreifende Lösung bei der Schulstrukturfrage nicht in einem politischen, den Kontext berücksichtigenden Prozess begründet ist, sondern durch einen entpolitisierten, vom Kontext dominierten Prozess (in Form einer Anpassung an ‚externe Sachzwänge‘) legitimiert wäre. Das Mittel wird zum Zweck. Die Parteien hätten in diesem Fall technokratisch gehandelt und ihre ehemals vorherrschenden Ideologien und ihre grundlegenden Werte einer vermeintlich ‚objektiven‘, sachzwangorientierten Problemlösung untergeordnet.⁴⁶

Die Dominanz eines solchen, technokratischen Handlungsmodus in politischen Entscheidungsprozessen könnte der von Mouffe und anderen beklagten Ununterscheidbarkeit der Parteien Vorschub leisten und so zu einer Entpolitisierung formal intakter Demokratien beitragen.

„Entpolitisierungsprozesse sind für demokratische Ordnungen indes dann normativ problematisch, wenn sie die politische Kultur entagonalisieren und die irreduzible Pluralität von widerstreitenden Interessen, Auffassungen und Meinungen ignorieren und mithin das Bewusstsein für die Legitimität der Differenz schwindet.“⁴⁷

Es ist daher dringend zu klären, welche Folgen es für die Entwicklung moderner pluralistischer Demokratien haben könnte, wenn es sich beim Pragmatismus in politischen Prozessen gar nicht um eine kreative, kontextbezogene und ideologiebefreite Politik handelt, sondern sich dieser Handlungsmodus selbst als Bestandteil einer Ideologie in Form des technokratischen Handelns entpuppt.

Die Bedeutung dieser beiden Handlungsmodelle für die Entwicklung von Demokratien – pragmatisches Handeln als normative Folie auf der einen und technokratisches Handeln als pathologische Ausprägung auf der anderen Seite – bilden somit das Erkenntnisinteresse und den roten Faden der Dissertation.

46 Vgl. zur Objektivierung von politischen Problemen Rancière (1997), S. 111.

47 Selk (2011), S. 198.

Die leitende Forschungsfrage stellt sich wie folgt: *Ob und inwiefern kann Pragmatismus in politischen Entscheidungsprozessen als Beitrag zur kreativen Lösungsfindung (=pragmatisches Handeln) oder als Beitrag zur Entpolitisierung (=technokratisches Handeln) gewertet werden?*

Daran anknüpfend wird diskutiert, inwiefern sich konkrete politische Entscheidungsprozesse – hier bezogen auf das empirische Beispiel des *Schulkonsenses* – hinsichtlich eines pragmatischen oder technokratischen Handlungsmodus untersuchen lassen.

Ziel der Arbeit ist, durch die tentative Herausarbeitung der beiden Handlungstypen des pragmatischen und des technokratischen Handelns einen Analyseansatz zu gewinnen, anhand dessen sowohl die Funktion und das Potenzial des Pragmatismus in politischen Entscheidungsprozessen beurteilt als auch dessen Grenzen in Gestalt einer Technokratisierung illustriert werden können. Damit soll eine Annäherung an die ganz praktische und akut gesellschaftsrelevante Frage ermöglicht werden, ob die Berufung auf ‚pragmatische Politik‘ als präferierter Modus in politischen Prozessen als tendenziell positiv oder negativ für die Entwicklung repräsentativer Demokratien in der Moderne zu werten ist.

Gleichzeitig soll damit ein Beitrag zur Theoriedebatte über die grundlegende Notwendigkeit einer normativen Fundierung pluralistischer Demokratien erbracht werden – ohne dass sich die Arbeit auf den Pfad ethischer oder gar metaphysischer Theorien, im Sinne einer umfassenden moralischen Lehre, begeben will. Es wird vielmehr angenommen, dass es abseits jeder Metaphysik in modernen, pluralistischen Gesellschaften einen normativen Kern gibt, der das Zusammenleben in liberalen und sozialen Demokratien – trotz unterschiedlicher weltanschaulicher Lehren – im rationalen Sinne ermöglicht.⁴⁸ Auch wenn normativ orientierte Arbeiten insgesamt an Bedeutung verloren haben und man „(...) den Eindruck bekommen [könnte, d. Verf.], dass es sich mittlerweile – in den Zeiten der ‚neuen

48 Die grundsätzliche Diskussion darum, ob dies möglich ist, ohne dafür alle Wahrheitsansprüche aufgeben zu müssen, wie es John Rawls (1998) in seinem Spätwerk *Politischer Liberalismus* vornimmt, bleibt hier unberücksichtigt, da mit dem amerikanischen Pragmatismus eine konkrete Wahrheitskonzeption zugrunde gelegt wird, die im weiteren Verlauf der Arbeit erläutert wird. Vgl. zu der Frage der Wahrheitsansprüche in sozialen und liberalen Demokratien insbesondere die Ausführungen von Julian Nida-Rümelin und Elif Özmen zu John Rawls ‚*thin theory*‘ des politischen Liberalismus, die eine nicht-metaphysische, freistehende Gerechtigkeitskonzeption mit normativem Kern darstellt. Vgl. Nida-Rümelin / Özmen (2011), S. 51-63.

Unübersichtlichkeit‘ – ohnehin nicht mehr lohnt, die politische Praxis durch theoretische Modelle einholen zu wollen⁴⁹, soll in dieser Monographie genau dieser Versuch unternommen werden, um zu verdeutlichen, wie wichtig ein solcher Ansatz auch – und gerade – für moderne pluralistische Gesellschaften ist.

Zudem soll durch die Auseinandersetzung mit dem *Schulkonsens* in dieser Arbeit eine Verknüpfung von theoretischen Überlegungen und deren empirischer Plausibilität hergestellt werden. Denn gerade die politische Philosophie bzw. Theorie muss sich an ihrem Anspruch messen lassen, anschlussfähig für die Faktizität politischer Entwicklungen zu sein. Die (ideologie-)kritische Analyse der Begründungs- bzw. Argumentationsmuster anhand eines ausgewählten Entscheidungsprozesses zum *Schulkonsens* dient dabei nicht nur dazu, die Handlungsmodi in einem konkreten Fall näher zu beleuchten und gegebenenfalls für andere politische Entscheidungsprozesse nutzbar zu machen. Sondern es soll anhand der Betrachtung eines exemplarischen Prozesses auch ein alternativer Weg aufgezeigt werden, wie normative Theorien für empirische Analysen fruchtbar gemacht werden können, ohne in einer dualistischen Kontrastierung des Ideals mit der Faktizität verharren zu müssen. Denn der Rückgriff auf normative Theorien, die die Faktizität bereits in ihre Theorie integrieren (wie es speziell beim Pragmatismus nach John Dewey der Fall ist), ermöglicht idealiter eine gegenstandsnähere Betrachtung, ohne analytisch beliebig zu werden. Dem zuweilen unbefriedigenden Abgleich der Faktizität mit einem normativen Ideal, welcher in der Regel recht drastisch die bestehenden Diskrepanzen deutlich macht, kann eine kontextintegrierende Theorie zusätzliche Bewertungsparameter liefern. So soll durch die Theorie-Empirie-Verknüpfung dargelegt werden, wie durch die theoretische Klärung des Phänomens von Entpolitisierungsprozessen in formal intakten Demokratien eine neue – und vor allem differenzierte – Form der Kritik mit begrifflichen Mitteln ermöglicht wird. Denn bisher beschränkt sich in theoretischen Gesellschaftsanalysen die Aufarbeitung der Kritik an der Faktizität auf einen Rückgriff illustrierender Beispiele. Eine systematischere Erfassung dieser Prozesse bleibt meist aus.

49 Nida-Rümelin (2009a), S. 236.

1.2 Verortung und Struktur der Arbeit

Entsprechend dem Ansinnen, durch die theoretische Diskussion und der konstruktiv-kritischen Betrachtung des pragmatischen Handelns in politischen Entscheidungsprozessen einen Beitrag zur Analyse der normativen Prämissen von Demokratien zu leisten und somit auch „(...) den Bedingungen der Möglichkeit von Emanzipation (...)“⁵⁰ nachzugehen, ist die vorliegende Arbeit im Wissenschaftsfeld der normativen *politischen Theorie* zu verorten.⁵¹ Neben der *a priori*-Analyse logischer Implikationen gilt gerade auch die Analyse von politischer Rhetorik und Kommunikationsprozessen zu den wesentlichen Aufgabenbereichen der politischen Theorie. So ist besonders die Praxis der Deliberation „(...) ein essentielles Merkmal politischer Ordnung (...)“ und „(...) [d]ie politische Theorie verfügt über Ressourcen, diese Praxis zu analysieren, politische Argumente (rational) zu rekonstruieren und sie mit wissenschaftlichen Befunden zu konfrontieren.“⁵² Durch den Fokus auf politische Argumentationsprozesse in modernen Demokratien werden die vorliegenden Überlegungen innerhalb dieser Disziplin der normativen Demokratie- und Deliberationsforschung zugeordnet. Aufgrund des teils ideologie-kritisch geprägten Ansatzes (speziell in Bezug auf das technokratische Handeln), findet zudem die Forschungstradition der kritischen Theorie Niederschlag in dieser Arbeit.⁵³ Vier hervorzuhebende Aspekte verdeutlichen diese Einordnung: *Erstens* ist es ein zentrales Anliegen, eine Analyse der aktuellen gesellschaftspolitischen Zustände (hier bezogen auf politische Entscheidungsprozesse in der Bildungspolitik) auf einer normativen Grundlage zu ermöglichen. *Zweitens* soll sich die Gegenwartsanalyse dabei explizit von metaphysischen, aber auch von positivistischen bzw. szientistischen philosophischen Betrachtungen abgrenzen, um der politischen Praxis (das heißt den faktischen Gegebenheiten vor dem Horizont des Möglichen) den Vorrang zu geben. *Drittens* drängt sich gerade bei diesem Thema die Einbeziehung von Ideologiekritik auf, da die ‚zweite Lesart‘ der pragmatischen

50 Behrens (2009), S. 204.

51 „Die politische Theorie ist eine Disziplin zwischen Politikwissenschaft und Philosophie.“ Nida-Rümelin (2010), S. 25.

52 Nida-Rümelin (2010), S. 28.

53 „Kritische Theorie beansprucht, objektive Aussagen über die Gesellschaft zu treffen, um diese in ihrer konkreten Wirklichkeit wie Möglichkeit analysieren zu können.“ Behrens (2009), S. 204.

Politik, in der sich die politische Praxis darin erschöpft, gesellschaftliche Verhältnisse und die eigene Politik als alternativlos darzustellen, den Ansatzpunkt für Kritik schwieriger, aber damit umso notwendiger macht.⁵⁴ *Viertens* ist in dem Erkenntnisinteresse auch ein emanzipatorischer Anspruch enthalten, indem die Analyse zu einer Kritik der Faktizität und somit zur Veränderung der politischen Verhältnisse beitragen soll.

Diese Monographie soll somit einen Beitrag leisten, die Aktualität und Notwendigkeit von normativer, politischer Theorie zu explizieren und so aufzubereiten, dass sie für konkrete gesellschaftskritische Analysen in den spezifischen Politikfeldern fruchtbar gemacht werden kann. Vor diesem Hintergrund ist auch das Ziel zu sehen, Theorie und Empirie stärker miteinander zu verknüpfen. Denn nach wie vor werden (abgesehen von der deliberativen *Policy*-Forschung) normative Konzepte kaum systematisch mit detaillierteren empirischen Betrachtungen kommunikativer bzw. diskursiver politischer Prozesse in Verbindung gebracht.

Über die Teildisziplin der politischen Theorie hinaus kann die politische Philosophie hierbei einen zentralen Beitrag leisten, sofern sie sich in der Denktradition eines ‚unaufgeregten Realismus‘ bewegt, wie ihn Julian Nida-Rümelin in Anlehnung an das Spätwerk Ludwig Wittgensteins rekonstruiert hat.⁵⁵ Demnach braucht es keine ethische Theorie, um den normativen Kern in Gesellschaften zu bestimmen. Vielmehr liegt der normative Kern in der lebensweltlichen Praxis selbst – in den Regeln der Kommunikation.⁵⁶ Es gibt somit keinen wie auch immer gearteten externen Standpunkt, von dem eine ethische Theorie aus ihre Bewertung über den normativen Zustand einer Gesellschaft abgeben könnte. Folglich bleiben metaphysische bzw. moralische Theorien, die sich auf *eine* umfassende Lehre, ein unbezweifelbares Fundament stützen, hier unberücksichtigt. Stattdessen wird die Auffassung vertreten, dass die Philosophie gerade dann einen Beitrag zur Klärung leisten kann, wenn sie in der Lebenswelt verankert ist. Das heißt eben auch, sich von der Idee der einen Wahrheit, der einen Lehre, zu verabschieden. Ein unaufgeregter Realismus stellt sich aber auch nicht in die Tradition von naturalistischen oder instrumentalistischen Denkschulen, auch wenn deshalb nicht die Auffassung vertreten wird, Empirie und intuitives Wissen spielten keinerlei Rolle für die Gewinnung von Erkenntnissen. So wird es als wenig zielführend erachtet, die Objek-

54 Vgl. zu diesen Überlegungen Jaeggi / Wesche (2009) (Hrsg.): *Was ist Kritik?*

55 Vgl. u. a. Nida-Rümelin (2009), S. 70-72 sowie Nida-Rümelin (2006), S. 26-36.

56 Vgl. Nida-Rümelin (2006), S. 22-26.

tivität der lebensweltlichsten Gegenstände (beispielsweise das Vorhandensein des Tisches, an dem diese Arbeit verfasst wurde) in Frage zu stellen, wie dies bei den radikalen Formen des Rationalismus, beim kritischen Realismus oder dem zeitgenössischen Szientismus, der Fall ist.⁵⁷ Den philosophischen Strömungen, die der platonischen Ideenlehre verhaftet bleiben, sowie den Denkschulen, die sich dem radikalen Zweifel in Anlehnung an Descartes verschrieben haben, wird hier somit ebenfalls eine Absage erteilt. Theorie- und Hypothesenbildung werden vielmehr als Teil der Lebenswelt verstanden, der letztendlich auch die wissenschaftliche Praxis verhaftet bleibt. „Die Trennung zwischen Lebenswelt und Wissenschaft ist insofern eine *gradueller*, (...).“⁵⁸ Diesem Grundgedanken folgend, wird in der Arbeit sowohl bei der Rekonstruktion der Handlungsmodelle als auch bei der Analyse der Begründungsmuster in Entscheidungsprozessen eine enge Verknüpfung der theoretischen Ausführungen mit empirischen Phänomenen angestrebt. Dies bietet sich bei dem Thema in besonderer Weise an. So haben sich nicht nur die meisten einflussreichen philosophischen Strömungen des 20. Jahrhunderts auch mit der Analyse der Sprache befasst,⁵⁹ vielmehr liefert die philosophische Perspektive einen zum soziologischen Bezugsrahmen komplementären Nutzen. Denn während mit der soziologischen der Einfluss der sozialen Rollen, unter Berücksichtigung der Status- und Machtpositionen, analysiert werden kann, ergänzt die philosophische Perspektive den Blick um das Gewicht der vorgebrachten *Gründe* – unabhängig von sozialen Stratifikationen und Machtmechanismen. Diese beiden Perspektiven können in einer engen Verbindung zueinander gesehen werden.⁶⁰ Für eine adäquate Analyse von Entscheidungsprozessen mit normativem Anspruch muss sowohl die soziologische bzw. politische als auch die philosophische Perspektive einbezogen werden: „Die philosophische Analyse wägt das normative Gewicht der Gründe ab

57 Vgl. Nida-Rümelin (2009), S. 19-22 sowie S. 70 f.

58 Nida-Rümelin (2009), S. 22, Hervorhebung im Original.

59 Dies gilt sowohl für die Begründer der analytischen Philosophie (wie Rudolf Carnap und Otto Neurath bis hin zu Ludwig Wittgenstein), für die Pragmatisten, als auch für die französische Philosophie (prominent vertreten durch Michel Foucault und Jacques Derrida). Vgl. dazu Nida-Rümelin (2009), S. 110.

60 Diese Verbindung findet sich vor allem in den post-strukturalistischen Arbeiten wie bei Michel Foucault (1999), (2010) oder Judith Butler (1991), aber beispielsweise auch in den Arbeiten von Axel Honneth (2011), (1994) oder Nancy Fraser (1994).

und die soziologische die Wirksamkeit ihres Vorbringens.“⁶¹ Eine solche Verknüpfung wird hier angestrebt, um einen Weg zu skizzieren, wie genuin gesellschaftspolitische Fragen normativ-kritisch, aber auch nah am empirischen Gegenstand untersucht werden und so gegebenenfalls bestehende zu problematisierende Effekte besser lokalisiert und konkrete Handlungsoptionen aufgezeigt werden können.

Die grundlegenden Annahmen für die in dieser Arbeit vorgenommene Rekonstruktion von Handlungstypen sowie der Analyse der Argumentationsmuster beim *Schulkonsens* basieren dabei auf den Ausführungen von Nida-Rümelin zur lebensweltlichen Praxis des Gründe-Nehmens und Gründe-Gebens, nach der Sprache bzw. Sprechakte nicht einfach darauf beruhen, beim Adressaten eine bestimmte Handlung oder Meinungsänderungen hervorzurufen, sondern „(...) dass die bedeutungskonstitutive Intentionalität des Sprechens als diejenige charakterisiert werden sollte, *dem Adressaten Gründe zu geben zu handeln oder zu glauben*.“⁶² Maßgebend ist somit die normative, kantische Annahme, dass das Bewirkenwollen einer bestimmten Handlung oder Überzeugung weder als zwangsläufige noch als bedeutungsgebende Absicht des Sprechers aufgefasst werden kann.⁶³ Die Paradigmen von konsequentialistischen Handlungs- oder gar egoistischen Entscheidungstheorien, wie beispielsweise der *Rational-Choice*-Theorie, werden somit bestritten. Damit fallen in dieser Arbeit neben den bereits ausgeschlossenen metaphysischen und naturalistischen Ansätzen auch alle Theorien aus dem Blickfeld, in denen der Grundtypus von Sprechakten lediglich darin besteht, dass der Sprecher die Intention verfolgt, den Kommunikationspartner zu beeinflussen oder gar zu manipulieren. Diesen realistischen Theorien wird die Annahme entgegengestellt, dass die lebensweltliche Praxis nicht einfach auf der Durchsetzung von Macht oder der Verfolgung von Eigeninteressen (dem so genannten *bar-gaining*) besteht und dies auch die politische Praxis einschließt.⁶⁴ Eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Austausch von Gründen ist eine geteilte Auffassung von dem, was als Grund geltend gemacht werden kann.⁶⁵ Auf diese Prämisse, die eine gemeinsame Werte- und Über-

61 Nida-Rümelin (2009), S. 133.

62 Nida-Rümelin (2009), S. 15, Hervorhebung im Original.

63 Vgl. Nida-Rümelin (2009), S. 121-130.

64 Vgl. Nida-Rümelin (2010), S. 24.

65 Vgl. Nida-Rümelin (2009), S. 15-16.

zeugungsebene impliziert, wird im Verlauf der Arbeit zurückzukommen sein.

Die empirische Illustration, bei der mittels einer kritischen Diskursbetrachtung die Begründungspraxis der Parteien zum *Schulkonsens* herausgearbeitet und auf ihren sozialen und ethischen Gehalt beurteilt werden, rechtfertigt es dann auch, die Arbeit in einem weiteren politikwissenschaftlichen Forschungsfeld zu verorten: der Schulpolitikforschung. So werden für die Betrachtung der spezifischen Argumentationsmuster die derzeitige Situation zur Schulstruktur im bundesweiten Kontext knapp umrissen und die Prozesse zum *Schulkonsens* anhand eines Bundeslandes exemplarisch genauer beleuchtet. Mit der analytischen Betrachtung ist auch der Anspruch verbunden, Aufklärung in die teils sehr diversen und vielschichtigen Prozesse in der aktuellen politischen Entwicklung zur Schulstruktur zu bringen und so einen Beitrag zur Schulpolitikforschung zu leisten.

Durch die Verknüpfung der theoretischen Überlegungen mit einer empirischen Analyse soll auch der Bestrebung Rechnung getragen werden, die Philosophie weiter anschlussfähig für andere Wissenschaftsdisziplinen und lebensweltliche Prozesse zu machen.⁶⁶ Die philosophische Tradition des amerikanischen Pragmatismus bietet sich dafür in besondere Weise an, wie im weiteren Verlauf der Arbeit aufgezeigt wird.⁶⁷ Der Ansatz, philosophische Theorien als Grundlage für empirische Analysen heranzuziehen, stützt sich auf die Überzeugung, dass Philosophie „(...) mit der lebensweltlichen Verständigungspraxis kompatibel, im besten Fall sogar damit durch Regeln der lebensweltlichen Anwendung verbunden und komplementär im Sinne eines erweiterten lebensweltlichen Orientierungswissens“⁶⁸ sein muss.

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen der kritischen Theorie und der Philosophie des unaufgeregten Realismus, die für diese Arbeit eine relevante Rolle spielt, ist die Überzeugung, dass die Lebenswelt normativ geprägt ist und normative Inhalte und Propositionen somit auch zwangsläufiger Bestandteil der Wissenschaftspraxis sind. Bestechend für diese Annahme ist das von Nida-Rümelin angeführte Argument, dass eben selbst das Wertfreiheits- und Objektivitätspostulat ein normatives ist.⁶⁹ Entsprechend

66 Vgl. Nida-Rümelin (2009), S. 11.

67 Vgl. Kapitel 4.

68 Nida-Rümelin (2009), S. 51.

69 Vgl. Nida-Rümelin (2009), S. 23.